

702 29-01-20 13
741 00-02

14.05.2013

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.6)

Herr Senator Scheele trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2013/932, betreffend

Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur "Neuausrichtung der
öffentlich geförderten Beschäftigung",

vor.

Der Senat nimmt Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat beschließt die Einbringung des als Anlage zur Drucksache vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes zur Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung in die Sitzung des Bundesrates am 7. Juni 2013.
2. Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration wird ermächtigt, den Gesetzesantrag gegebenenfalls redaktionell anzupassen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Meike Grönjes



Senatskanzlei

Berichterstattung:
Senator Scheele
Staatsrat Pörksen

10P I 6
BRI

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2013/00932
vom: 07.05.2013

Einbringung eines Gesetzentwurfes zur „Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung“

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

A. Zielsetzung

Auf dem Arbeitsmarkt ist trotz der guten wirtschaftlichen Lage der vergangenen Jahre ein nicht unerheblicher Anteil verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Für diese Arbeitslosen bedarf es im Rahmen langfristig angelegter individueller Integrationsstrategien auch des Angebotes öffentlich geförderter Beschäftigungsmöglichkeiten. Ziel der öffentlich geförderten Beschäftigung ist es, die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden zu erhalten, zu stärken bzw. wiederherzustellen, um auf diese Weise ihre Integrationschancen zu verbessern. Hamburg verfolgt dabei den Ansatz, kommunale Leistungen mit den aus Bundesmitteln finanzierten Instrumenten zu verknüpfen.

Der beiliegende Gesetzentwurf schafft entsprechend der unter den Ländern vereinbarten Eckpunkte langfristige Fördermöglichkeiten von tariflich entlohnerten Beschäftigungsverhältnissen, beseitigt bestehende Schwierigkeiten in der Handhabung des Instrumentes in der Praxis und sichert die Finanzierung mithilfe der Aktivierung passiver Leistungen.

B. Lösung

Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat. Der beigefügte Gesetzesantrag präzisiert die Bedingungen sozialversicherungspflichtiger öffentlich geförderter Beschäftigung entsprechend den unter den Ländern vereinbarten Eckpunkten einer Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung.

C. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine für den Haushalt der FHH.

Die vorgeschlagenen Änderungen führen zu Umschichtungen im Bundeshaushalt für den Rechtskreis SGB II; Einsparungen beim Arbeitslosengeld II sollen zugunsten der Förderung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen nutzbar werden.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Bürokratieabbau
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf eine Gesetzesinitiative Hamburgs